

München, 27.07.2020

Corona-Testungen an Grenzübergängen und Hauptbahnhöfen sofort umsetzen

SPD-Gesundheitspolitikerin Ruth Waldmann: Zwischen Ankündigung und Umsetzung darf keine Zeit vergeudet werden - "Selbst-Quarantäne" ist Verpflichtung und keine Freiwilligkeit

Die gesundheitspolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion **Ruth Waldmann** begrüßt die heute (27.07.) von Ministerpräsident Markus Söder angekündigte Einrichtung von freiwilligen Corona-Teststationen auf Autobahnen an mehreren Grenzübergängen zu Österreich sowie an den Hauptbahnhöfen in München und Nürnberg, mahnt aber eine zügige Umsetzung der Maßnahmen an. Waldmann erklärt dazu: "Ich hoffe, dass zwischen Ankündigung und Umsetzung nicht wieder so viele Tage liegen wie bei den Corona-Testungen an Bayerns Flughäfen. Viele Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Risikogebieten wurden in der Zwischenzeit nicht getestet. Erst als Nordrhein-Westfalen meldete, dass an den Flughäfen in Düsseldorf, Köln/Bonn und Dortmund bereits getestet wird, reagierte die bayerische Staatsregierung schnell. Darauf hätte man nicht warten müssen. Es wurde wertvolle Zeit vergeudet mit dem Gefahr neuer Infektionsherde."

Bis die Frage von verpflichtenden Tests in Berlin geklärt werde, müsse man mit freiwilligen Tests und nachhaltigen Aufforderungen anfangen, so die Abgeordnete. „Es geht jetzt darum, so schnell und so lückenlos wie möglich Übertragungsketten aus den neuen Hotspots zu unterbinden!“

Außerdem fordert die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses Klarstellungen zur sogenannten "Selbst-Quarantäne", in die sich, laut Markus Söder, Urlauberinnen und Urlauber nach der Rückkehr aus Risikogebieten 14 Tage lang begeben sollen. "Davon weiß kaum jemand und es ist sehr fraglich, ob das auch eingehalten wird. Es muss dringend klar gestellt werden, dass es eine Verpflichtung und keine freiwillige Idee ist." Auch wenn man nicht jeden überwachen könne, müsse jeder wissen, dass eine Nichteinhaltung Folgen haben kann. „Je unvorsichtiger Rückkehrende aus Risikogebieten handeln, desto schlimmer können die Folgen von Corona-Neuinfektionen in Bayern sein. Am Ende müssen dann wieder alle mit drastischeren Einschränkungen rechnen“, befürchtet Waldmann.